

Änderungsantrag

der Abgeordneten Frau Unruh und der Fraktion DIE GRÜNEN

**zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
— Drucksachen 11/150, 11/199, 11/416 —**

**Entwurf eines Gesetzes über die sechzehnte Anpassung der Leistungen
nach dem Bundesversorgungsgesetz
(Sechzehntes Anpassungsgesetz-KOV – 16. AnpG-KOV)**

In Artikel 1 wird folgende neue Nummer 10a eingefügt:

„10a. In § 38 wird folgender Satz 3 eingefügt:

„Der Tod eines Schwerbeschädigten gilt stets als Folge
einer Schädigung, sofern nicht das Gegenteil offenkundig
oder nachgewiesen ist.“

Bonn, den 4. Juni 1987

Frau Unruh

Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion

Begründung

Mit dieser Änderung wird die Gewährung der Hinterbliebenenrente für Schwerbeschädigte der Regelung für die Gewährung von besonderen Hilfen im Einzelfall (§ 25 a Abs. 2 BVG) angepaßt. Bisher haben die Hinterbliebenen nachzuweisen, daß der Tod als Folge der Kriegsschädigung eingetreten ist, um einen Anspruch auf Hinterbliebenenrente zu begründen. Die Folge davon ist, daß sie nicht nur den Tod der ihnen nahestehenden Person zu verarbeiten haben, sondern häufig einen oft jahrelangen, zermürbenden und erniedrigenden Kampf gegen die Behörden und vor den Sozialgerichten führen müssen. Im Falle einer Schwerbeschädigung, d. h. einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 % durch die Kriegseinwirkung, ist aber ein Kausalzusammenhang zwischen Schädigung und Tod zu vermuten. Die gesetzliche Umkehrung der Beweislast auf den Staat erscheint nur recht und billig, da es der Staat war, der durch den von ihm geführten Krieg und erzwungenen Kriegsdienst von Millionen von Menschen die Beschädigung verursacht hat. Es ist nicht länger hinzunehmen, daß die Angehörigen dieser Schwerbeschädigten nicht nur jahre- und jahrzehntelang unter den Folgen der Kriegsbeschädigung mitleiden müssen, sondern sich dies noch über den Tod hinaus fortsetzt.